



Partnerschaft unter Spannung

Wie die Deutschen über Russland denken

Partnerschaft unter Spannung

Wie die Deutschen über Russland denken

Kontakt

Gabriele Schöler
Senior Project Manager
Programm Die Zukunft Europas
Bertelsmann Stiftung
Telefon +49 5241 81 81205
Mobil +49 172 5207 790
Fax +49 5241 81-681205

Gabriele.schoeler@bertelsmann-stiftung.de
www.bertelsmann-stiftung.de

Dr. Agnieszka Łada
Leiterin des Europa-Programms
Senior Analyst
Institut für öffentliche Angelegenheiten
Telefon +48 22 556 42 88
Mobil +48 604 828240
Fax +48 22 556 42 62
Agnieszka.lada@isp.org.pl
www.isp.org.pl

Inhalt

1	Einführung.....	2
2	Russland unter Putin kein glaubwürdiger Partner.....	3
3	Verschlechterung der russisch-deutschen Beziehungen	4
4	Blick auf die europäischen Partner.....	5
5	Negativer Blick auf russisch-deutsche Energiebeziehungen	7
6	Geteilte Meinungen zur deutschen Politik gegenüber Moskau	8
7	Unterstützung der Sanktionen	9
8	Geteilte Meinungen über Russland als militärische Bedrohung	10
9	Widerwille gegen die Entsendung von Soldaten zur Verteidigung der Verbündeten	11
10	Geteilte Meinungen zur Einrichtung von NATO-Stützpunkten an der Ostflanke der Allianz.....	13
11	Gesellschaftliche Akzeptanz von Russen.....	13
12	Schlussfolgerungen	15
13	Die Autoren	18

1 Einführung

Die deutsch-russischen Beziehungen haben sich seit 2014 verschlechtert, sowohl in politischer Hinsicht wie auch in der öffentlichen Wahrnehmung. Nicht nur der russisch-ukrainische Konflikt hat die früher bestehende „besondere Beziehung“ zwischen Moskau und Berlin hart getroffen. Starke Bedenken gelten etwa auch dem wachsenden innenpolitischen Druck auf Oppositionelle in Russland, der spätestens mit der Ermordung Boris Nemtsovs im Februar 2015 der deutschen Öffentlichkeit bewusst wurde.

In jüngster Zeit konzentrierte sich die Debatte in Deutschland auf die Rolle Russlands im Konflikt in Syrien. Der russisch-ukrainische Konflikt bleibt dennoch ein Thema. Aber in den letzten Monaten trat in deutschen Medien die Berichterstattung über die Kämpfe im Donbass zurück hinter die Nachrichten über die langsamen Reformfortschritte und die Rücktritte des reformorientierten Wirtschaftsministers, des Litauers Avaras Abromavičius, danach des Premierministers Arsenij Jatsenjuk und der Finanzministerin Natalja Jaresko. Dementsprechend steht Russlands Rolle in der Ukraine weniger im Blickpunkt der Öffentlichkeit als die inneren Angelegenheiten und Herausforderungen der Ukraine. In den letzten Monaten wurde in Deutschland ebenfalls viel über den sogenannten „hybriden Krieg“ bekannt, den Russland in der Ukraine führt. „Putins Trolle“ in sozialen Netzwerken und Beispiele höchst unausgewogener und propagandistischer Berichterstattung russischer Medien über internationale Angelegenheiten wurden von renommierten Kommentatoren, Experten und Journalisten öffentlich gemacht.¹ Der Fall der Russlanddeutschen Lisa, die angeblich von einem nordafrikanischen Migranten vergewaltigt worden sei, brachte die Stimmung vor allem unter den Russland-Deutschen zum Kochen. Über die angebliche Vergewaltigung wurde von einem russischen Journalisten berichtet, was zu großem Aufruhr in den russischen Medien führte. Als das Mädchen nur wenige Tage später zugab, die Geschichte frei erfunden zu haben, war der Schaden aber schon angerichtet; Russland-Deutsche unter dem Einfluss russischsprachiger Medien gingen auf die Straße und demonstrierten für ihre Sicherheit. Die deutsche Regierung äußerte ihre Verärgerung über diese russische Manipulation. Der Verkauf deutscher Gasspeicher an Russland wurde in den Medien und der Öffentlichkeit ebenso diskutiert wie der Bau der Nord Stream II-Pipeline. Und auch die Ängste von Deutschlands Nachbarn Polen und den baltischen Staaten, die aus nachvollziehbaren historischen Gründen Russland in weit höherem Maße als Bedrohung wahrnehmen als Deutschland dies tut, waren Anlass für Debatten in Deutschland.

Inwieweit beeinflussen diese Themen das Image Russlands bei den Deutschen? Welche Aspekte sieht die deutsche Öffentlichkeit kritisch? Und welche berühren sie wenig oder gar nicht? Sind die Deutschen „eine Nation der ‘Russlandverstehler’“, die für Russland viel Verständnis und Sympathie aufbringt, wie oft jene inner- und außerhalb des Landes behaupten, die sich deutlich mehr offenen Widerspruch gegenüber Putin und seiner Politik wünschen? Setzen die Deutschen „Russland“ mit den „Russen“ gleich, oder gibt es da Differenzierungen?

Diese Fragen stellten die Bertelsmann Stiftung und das polnische Institut für öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych, ISP) in einer Umfrage. TNS EMNID führte in unserem Auftrag vom 4. bis 12. März 2016 eine repräsentative Face-to-face-Meinungsumfrage unter Deut-

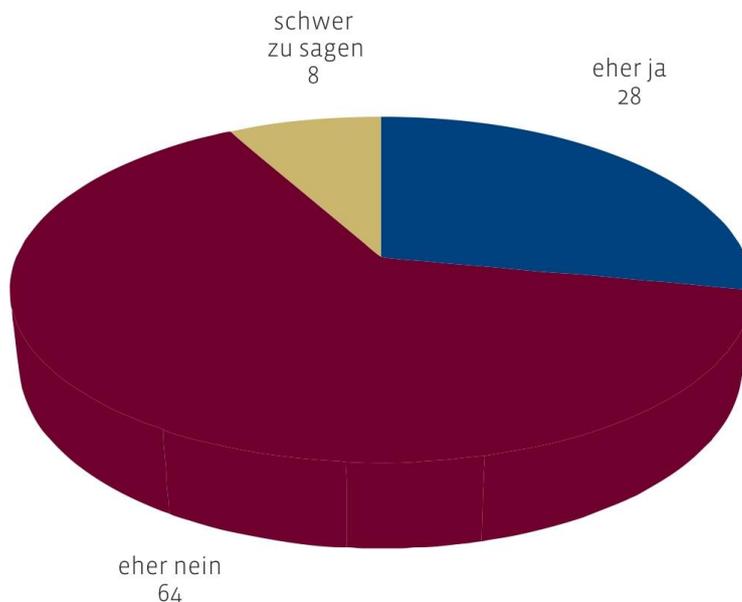
¹ Unter den bekannten und respektierten Journalisten sprach Golineh Atai, damals Moskau-Korrespondentin der ARD, als eine der ersten offen in Deutschland über den „Informationskrieg“, den Russland Journalisten aufzwingt, vgl. ihre Dankesrede zur Verleihung des Titels „Journalist des Jahres 2014“ im Februar 2015; <https://www.youtube.com/watch?v=tQI4mZrRt8k>.

schen über 14 Jahre durch. Im Folgenden vergleichen wir die Resultate mit den Antworten früherer Umfragen aus den Jahren 2013 und 2015.²

2 Russland unter Putin kein glaubwürdiger Partner

Die Mehrheit der Deutschen hält Russland unter Wladimir Putin nicht für einen zuverlässigen internationalen Partner (64%). Die Krim-Annexion, die Beteiligung russischer Truppen am Konflikt in der Ostukraine und die Unterdrückung politischer Oppositioneller in Russland sind die wahrscheinlichen Ursachen für das sinkende Vertrauen und Ansehen des russischen Präsidenten in den Augen der Deutschen.³ Auch das militärische Engagement Russlands in Syrien mag zu dieser kritischen Sicht beigetragen haben.⁴ Dennoch hat eine signifikante Anzahl der Deutschen noch immer eine positive Sicht auf Putins Russland (28%). Der Anteil der Deutschen, die Putins Russland für einen eher zuverlässigen Partner halten, ist in Ostdeutschland höher (37% gegenüber 25% in Westdeutschland).

Bild 1: Ist Russland unter Wladimir Putin ein zuverlässiger internationaler Partner für Deutschland? (in %)



Quelle: Bertelsmann Stiftung/Institut für öffentliche Angelegenheiten 2016

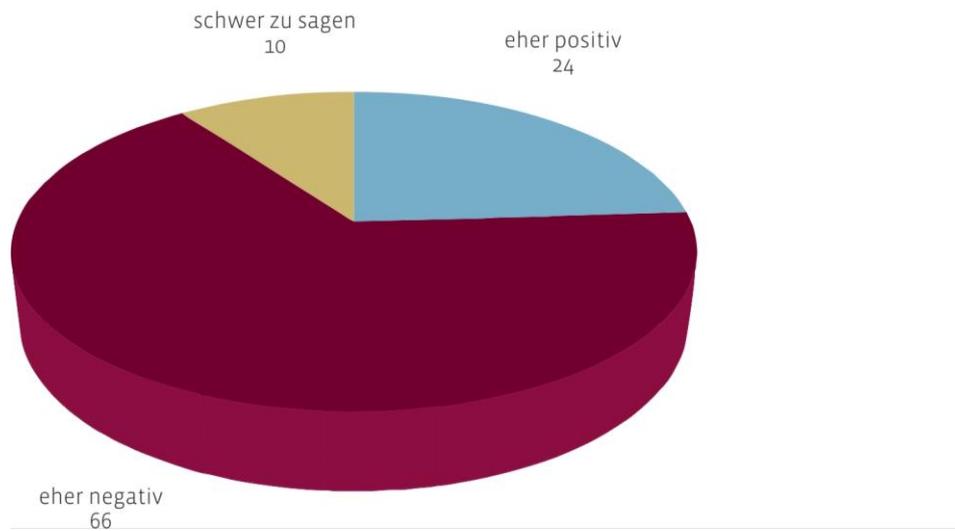
Das militärische Eingreifen Russlands im syrischen Bürgerkrieg sieht eine klare Mehrheit (66%) der Deutschen negativ, während jeder vierte Befragte (24%) sich positiv über das russische Eingreifen äußert. Zwischen Ost- und Westdeutschen gibt es hier keine Unterschiede.

² J. Kucharczyk, A. Łada, C. Ochmann, Ł. Wenerski, *Politics and Everyday Life. A German view of Poland and Russia* (2013) und J. Kucharczyk, A. Łada, G. Schöler, Ł. Wenerski *Close together or far apart? Poles, Germans, and Russians on the Russia-Ukraine Crisis* (2015), Bertelsmann Stiftung, Institute of Public Affairs.

³ 41% der Deutschen sagten 2012, dass sie Putin nicht sehr stark vertrauen, 7% vertrauten ihm sehr, während 46% der Deutschen ihm nicht vertrauten. ARD-DeutschlandTREND, 02.2012.

⁴ Die Umfrage wurde vor der Ankündigung Russlands, dass es seine Truppen aus Syrien abzöge, durchgeführt.

Bild 2: Wie bewerten Sie das militärische Eingreifen Russlands in Syrien? (in %)



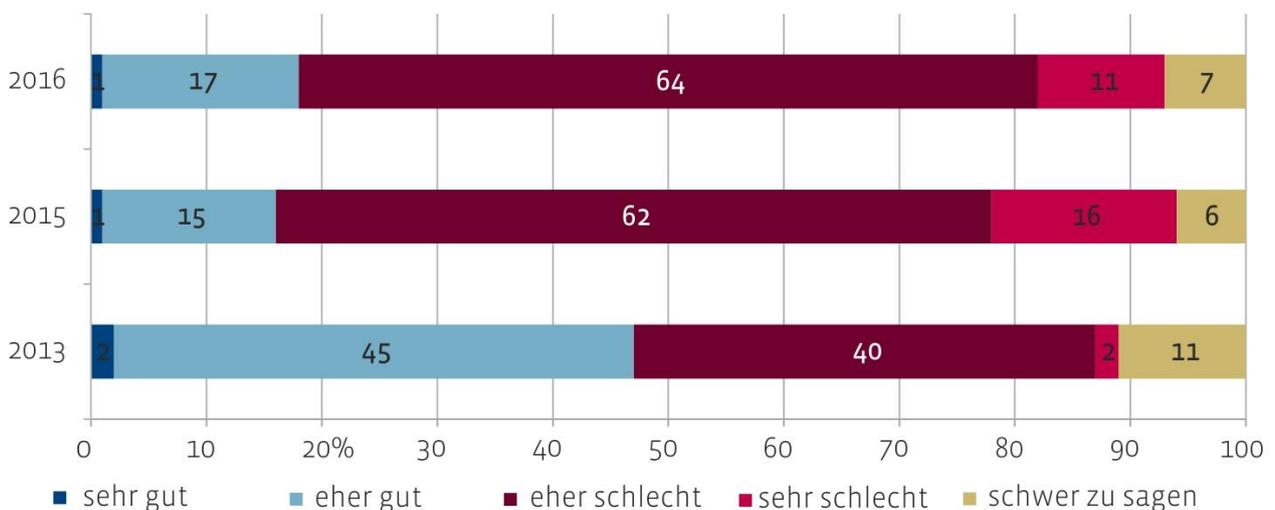
Quelle: Bertelsmann Stiftung/Institut für öffentliche Angelegenheiten 2016

3 Verschlechterung der russisch-deutschen Beziehungen

Die negative Sicht auf Wladimir Putin und die russische Politik in Syrien geht mit einer negativen Bewertung der deutsch-russischen Beziehungen einher. Drei Viertel der Befragten (75%) erachten diese Beziehungen als „eher schlecht“ oder „sehr schlecht“, während nur 18% sie für „eher gut“ oder „sehr gut“ halten.

Die Sicht auf Russland hat sich im Vergleich zu 2013, als positive die negativen Meinungen überwogen, deutlich verschlechtert. Das Verhalten Russlands auf der internationalen Bühne dürfte der Hauptgrund für diese Verschlechterung der Wahrnehmung Russlands und der deutsch-russischen Beziehungen sein. Diese Veränderung zeichnete sich bereits in einer Meinungsumfrage des Jahres 2015 ab, als nur 16% der Befragten die deutsch-russischen Beziehungen für positiv hielten.

Bild 3: Wie sind die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland? (in %)



Quelle: Bertelsmann Stiftung/Institut für öffentliche Angelegenheiten 2003 und 2016

In den Umfragen der Jahre 2013, 2015 und 2016 unterschieden sich die Meinungen der Ostdeutschen stets deutlich von denen der Westdeutschen.

4 Blick auf die europäischen Partner

Die negative Sicht der russischen Politik geht Hand in Hand mit der Tatsache, dass Russland auch nicht als Partner betrachtet wird, mit dem Deutschland eng zusammen arbeiten sollte. Nur einer von drei Befragten wünscht sich eine engere Zusammenarbeit (33%). Die Unterstützung für eine solche engere Zusammenarbeit ist im Vergleich zu 2013 nur im Rahmen der statistischen Fehlermarge gesunken (2%). Zugleich stieg die Zahl der Deutschen, die keinerlei Notwendigkeit für eine enge Zusammenarbeit sehen, von 25% auf 31%.

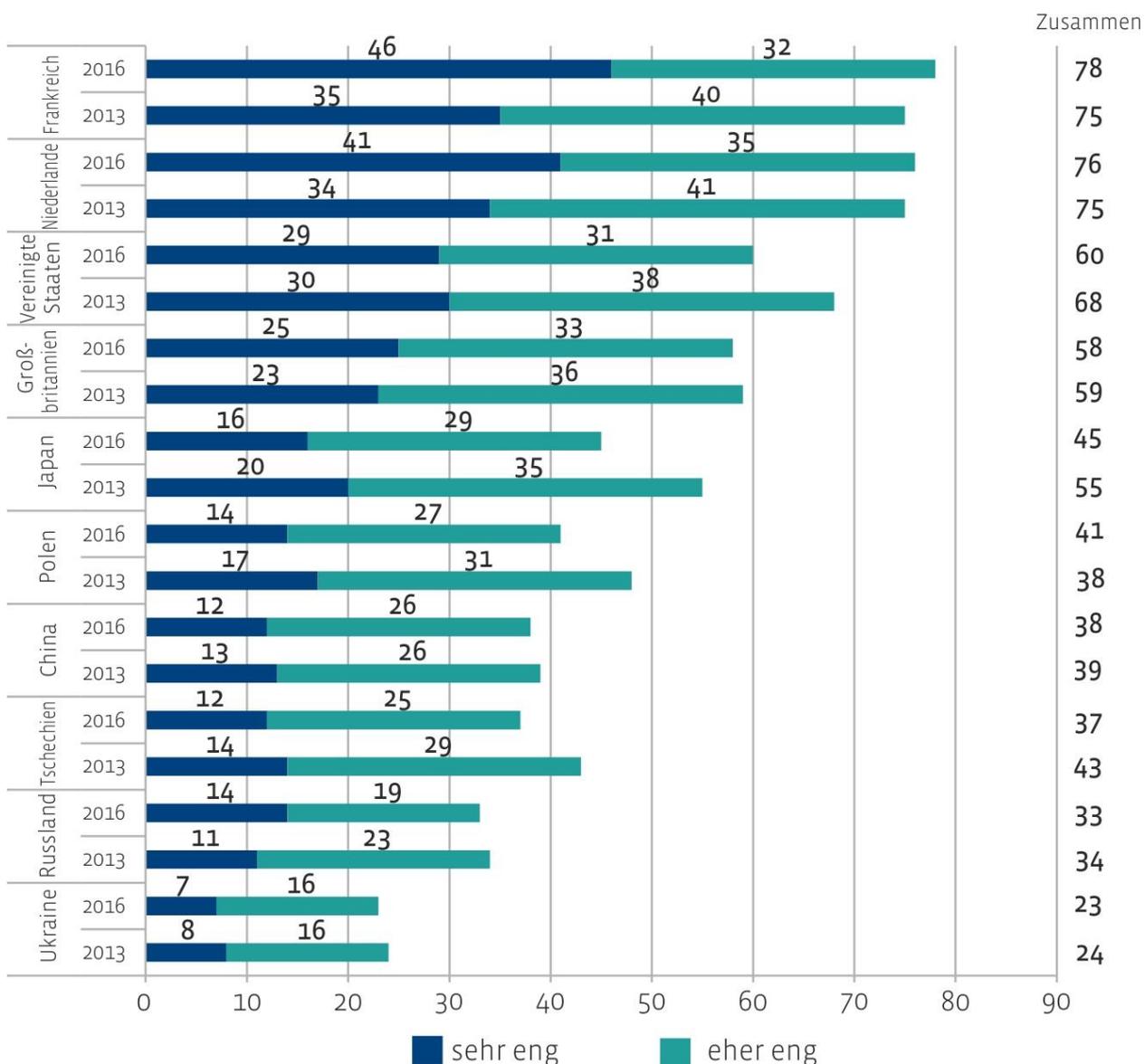
Gleichzeitig sank jedoch die Unterstützung der deutschen Öffentlichkeit für die transatlantische Zusammenarbeit um 9% (von 69% auf 60%). Auch wenn das Bild Russlands bei den befragten Deutschen also gelitten hat, so folgt daraus also nicht als Gegenbewegung eine verstärkte Hinwendung zur transatlantischen Kooperation. Die Partnerschaft mit den USA, die an dritter Stelle der Länder stehen, mit denen Deutschland eng zusammen arbeiten sollte, hat noch immer einen hohen Stellenwert. Die negative Veränderung findet ihre Erklärung im NSA-Abhörskandal⁵ sowie der schlechten Stimmung im Zusammenhang mit der Debatte über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, besser bekannt als TTIP. Zudem hat die Obama-Regierung eine eher passive Haltung zu den beiden wichtigsten Herausforderungen europäischer Sicherheit der letzten drei Jahren gezeigt, nämlich dem russisch-ukrainischen Konflikt und der Flüchtlingskrise im Gefolge des Bürgerkrieges in Syrien.

Wie schon in der Vergangenheit befürworten die Deutschen weiterhin, dass ihr Land mit Frankreich (78%) und den Niederlanden (76%) am engsten zusammen arbeiten sollte. Etwa drei Viertel der Befragten unterstützen nach wie vor enge Verbindungen zu diesen Ländern. Weitaus bemerkenswerter aber ist in den letzten drei Jahren der Anstieg von mehr als zehn Prozent unter den Befürwortern einer engen Zusammenarbeit mit diesen beiden Ländern. Trotz einiger Unstimmigkeiten zwischen Berlin und Paris, so z. B. im Hinblick auf die Flüchtlingsfrage, die anti-europäischen Überzeugungen des französischen Front National und die instabile Wirtschaftslage in Frankreich, betrachten die Deutschen auch weiterhin Frankreich als den wichtigsten internationalen Partner. Sie vertrauen dem deutsch-französischen Tandem, wenn es gilt, Europa voranzubringen.

Auch Großbritannien wird als wichtiger Partner (58%) betrachtet, wenngleich weniger als Frankreich, die Niederlande und die USA. Die Bedeutung der Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich hat sich seit 2013 angesichts der Debatte um den „Brexit“ und die Möglichkeit eines britischen Rückzugs aus der Europäischen Union nicht geändert.

⁵ 2013 wurde bekannt, dass die Telefone der wichtigsten Politiker und Staatsbeamten, u.a. auch das von Kanzlerin Angela Merkel, vom amerikanischen Geheimdienst abgehört wurden.

Bild 4: Unterstützung für die Zusammenarbeit Deutschlands mit folgenden Ländern (in %)



Quelle: Bertelsmann Stiftung/Institut für öffentliche Angelegenheiten 2013 und 2016

Die Frage lautete „Wie eng sollte Deutschland Ihrer Meinung nach mit den Ländern aus der folgenden Liste zusammenarbeiten?“. Die Befragten konnten mit Werten einer Skala von 1-5 antworten, wobei 1 „sehr eng“ und 5 „gar nicht“ bedeutete. Die Grafik verzeichnet die Werte der Antworten 1 und 2.

Die mitteleuropäischen Nachbarn Deutschlands, Polen und die Tschechische Republik, finden sich im Mittelfeld jener Länder, mit denen die Deutschen sich eine enge Zusammenarbeit wünschen. In den letzten drei Jahren ist die Unterstützung für enge Zusammenarbeit mit beiden Ländern gesunken. Die Erklärung liegt zuallererst im Unwillen dieser – wie auch anderer mitteleuropäischer – Länder, Flüchtlinge aus dem Nahen Osten aufzunehmen. Das wird von den befragten Deutschen als Mangel an Solidarität mit Deutschland und anderen EU-Mitgliedern gewertet, die mit dem Zustrom großer Gruppen von Migranten konfrontiert sind. Das Bild der neuen polnischen Regierung und ihres Umgangs mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie der insgesamt euro-skeptische Tenor in Warschau wie in Prag dürften weitere Gründe für das sinkende Interesse der befragten Deutschen an einer engen Zusammenarbeit mit diesen Ländern sein.

Was die Zusammenarbeit mit der Ukraine angeht, gibt es keine Veränderungen. Die Zahl der Befürworter einer engen Kooperation mit der Ukraine liegt niedriger als die ihrer Gegner. Dies ist der

einziges Fall dieser Art unter den in diese Umfrage einbezogenen Ländern. Die Unterstützung einer engen Zusammenarbeit mit der Ukraine fällt um 10 Prozent geringer aus als die ohnehin relativ schwache Unterstützung für eine enge Zusammenarbeit mit Russland.

Angesichts der auch in Deutschland starken anti-ukrainischen Propaganda seitens Russlands mag das als relativer Erfolg schon gelten, zumal die Umfragewerte bei der Ukraine über drei Jahre stabil geblieben sind. Die deutschen Medien berichten über die andauernde Korruption und die schleppenden Reformfortschritte in der Ukraine (wie auch über die anhaltenden Kämpfe im Donbass. Insgesamt scheint die Ukraine in deutschen Augen eher als politisches Problem denn als potentieller Partner für Deutschland wahrgenommen zu werden.

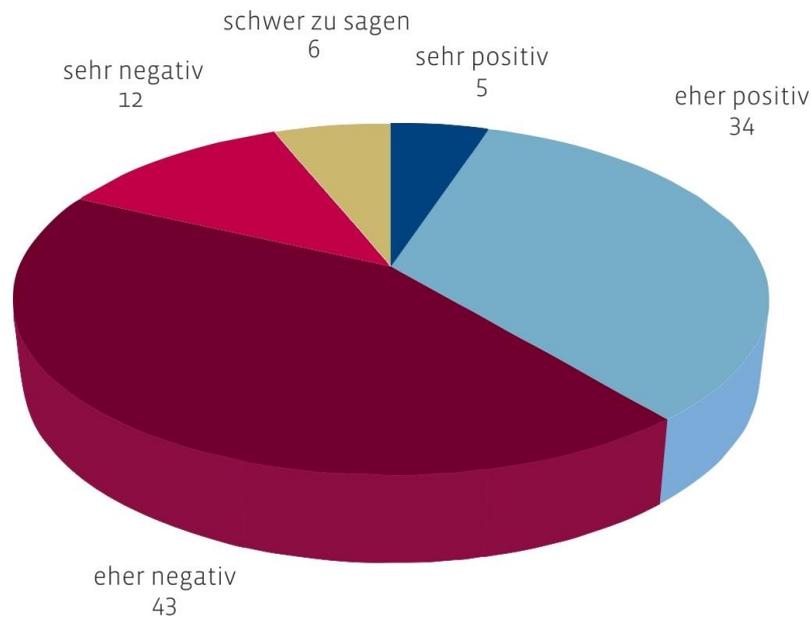
Mehrheitlich hängt die Ansicht darüber, wie eng die deutsche Zusammenarbeit mit einem Land sein sollte, davon ab, ob der/die jeweilige Befragte in Ost- oder Westdeutschland lebt. Statistisch betrachtet bevorzugen Ostdeutsche im Vergleich zu Westdeutschen eher eine engere Kooperation mit Polen, der Tschechischen Republik, Russland und der Ukraine. Ein ähnlicher Trend war schon 2013 zu beobachten. Westdeutsche schauen eher nach Frankreich oder in die Niederlande (2013 gab es zwischen diesen keinen Unterschied). Was die Beziehungen zu Großbritannien und den Vereinigten Staaten angeht, gibt es keine Meinungsunterschiede zwischen Ost und West.

5 Negativer Blick auf russisch-deutsche Energiebeziehungen

Die negative Beurteilung der Zusammenarbeit mit Russland wird in mindestens einem besonderen Sektor der wirtschaftlichen Zusammenarbeit besonders sichtbar. Die Mehrheit der Deutschen (55%) bewerten die engen Verbindungen der deutschen Energiewirtschaft zu Russland negativ. Gleichwohl ist ein signifikanter Anteil (39%) gegenteiliger Ansicht; für sie stellen die Energieverbindungen eine positive Entwicklung dar. Relativ wenige Befragte hatten keine Meinung (6%), was beweist, dass die Deutschen eine klare Meinung zur deutschen Energiepolitik haben, wo es um Russland geht.

Westdeutsche betrachten die deutsch-russischen Energieverbindungen besonders kritisch (57% gegenüber nur 45% der Ostdeutschen).

Bild 5: Die deutsche Energiewirtschaft ist eng mit Russland verwoben. Wie bewerten Sie das? (in %)

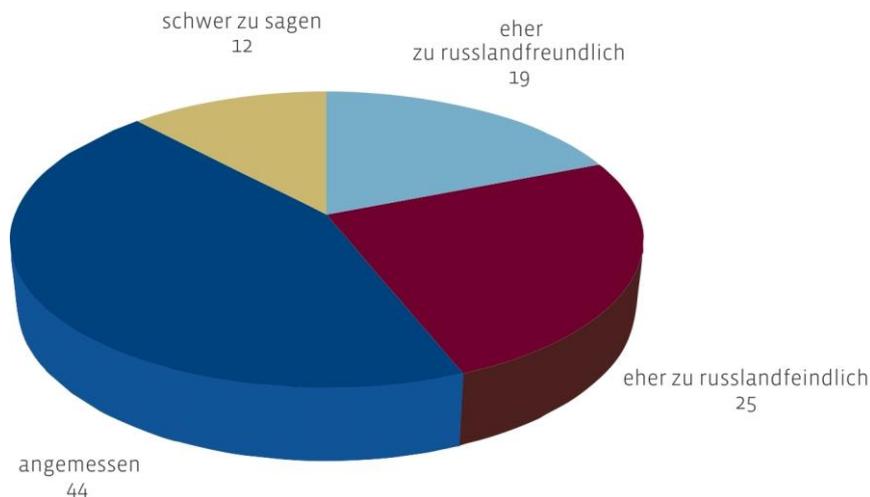


Quelle: Bertelsmann Stiftung/Institut für öffentliche Angelegenheiten 2016

6 Geteilte Meinungen zur deutschen Politik gegenüber Moskau

Fast die Hälfte der Befragten beurteilt die Politik der deutschen Regierung gegenüber Russland im Hinblick auf den russisch-ukrainischen Konflikt und die Annexion der Krim positiv. 44% der Befragten denken, dass die Regierung richtig handelt. Einer von vier Befragten hält die Politik der deutschen Regierung für zu russland-feindlich (25%), während 19% sie für zu russland-freundlich halten. Deutschland ist in dieser Frage also sichtbar gespalten, was sich sowohl in der öffentlichen Debatte als auch in der Meinung der Eliten äußert.

Bild 6: Ist die deutsche Bundesregierung gegenüber Russland in Bezug auf den russisch-ukrainischen Konflikt und der Eingliederung der Krim in das russische Hoheitsgebiet Ihrer Ansicht nach... (in %)



Quelle: Bertelsmann Stiftung/Institut für öffentliche Angelegenheiten 2016

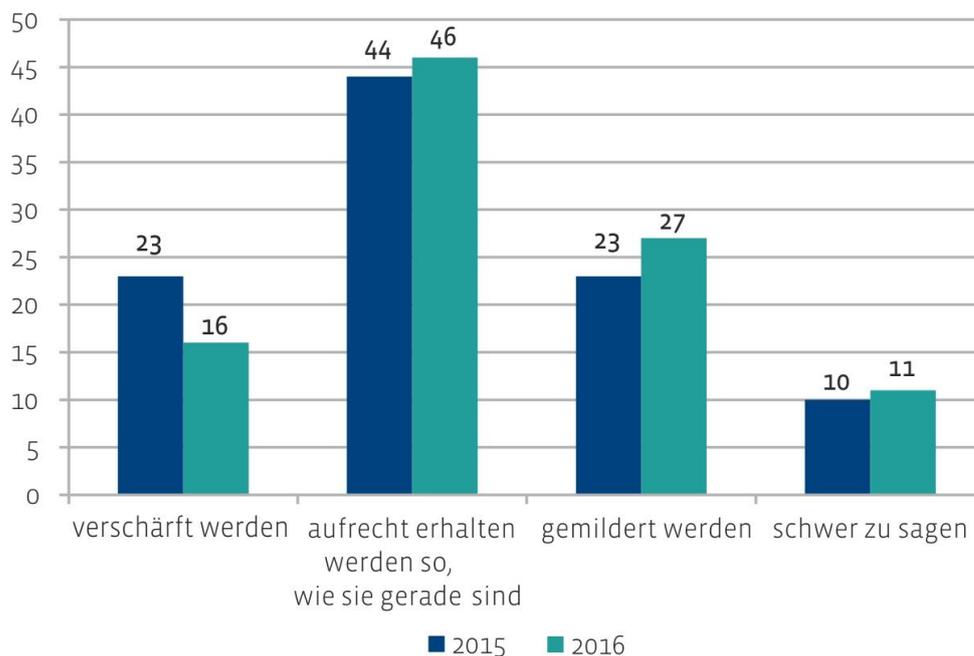
Auffällig sind hier die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen. Ostdeutsche Befragte halten die deutsche Politik für zu russland-feindlich (38%, verglichen mit nur 22% der westdeutschen

Befragten). Westdeutsche befinden die Politik häufig für zu russland-freundlich oder als angemessen.

7 Unterstützung der Sanktionen

Die deutsche Bundesregierung unterstützt klar die Sanktionspolitik gegenüber Russland, die von der Europäischen Union im Kontext des russisch-ukrainischen Konflikts beschlossen wurde. Die deutsche Regierung ist immer noch entschieden für eine Ausweitung der Sanktionen, solange die Minsker Abkommen nicht umgesetzt werden. Fast die Hälfte der Befragten (46%) sind der Meinung, dass die gegen Russland im Zuge der Krim-Annexion und der russischen Beteiligung am Krieg im Donbass verhängten Sanktionen so bleiben sollen. Ein Viertel der Befragten meinen, die Sanktionen sollten gemildert werden (27%), während 16% für eine Verschärfung sind. Nimmt man die Zahl derer, die für die Aufrechterhaltung der Sanktionen sind, und die der Befragten, die für eine Verschärfung sind, zusammen, dann betrachtet die Mehrheit der Deutschen die Sanktionen zum gegenwärtigen Zeitpunkt für ein wichtiges Element der Politik gegenüber Russland, das in Kraft bleiben sollte.

Bild 7: Als Reaktion auf die Annexion der Krim durch Russland und des militärischen Engagements Russlands in der Ostukraine haben die Europäische Union und die Vereinigten Staaten gegen Russland wirtschaftliche und politische Sanktionen verhängt. Sollten die gegenwärtigen Sanktionen der EU gegenüber Russland...?



Quelle: Bertelsmann Stiftung/Institut für öffentliche Angelegenheiten 2015 und 2016

Generell befürworten eher Ostdeutsche die Milderung der Sanktionen, während Westdeutsche eine Verschärfung oder die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Status unterstützen. 2015 war die Tendenz ähnlich.

Die deutsche Meinung zu den Sanktionen hat sich im letzten Jahr nicht maßgeblich verändert. Wie im Vorjahr befürwortet auch 2016 eine größere Gruppe die Aufrechterhaltung (44% im Jahr 2015 und 46% im Jahr 2016). Einige Veränderungen betreffen die Gruppe, die für eine „Verschärfung der Sanktionen“ ist, hier fiel die Unterstützung von 23% auf 16%. Im Gegenzug stieg der Anteil

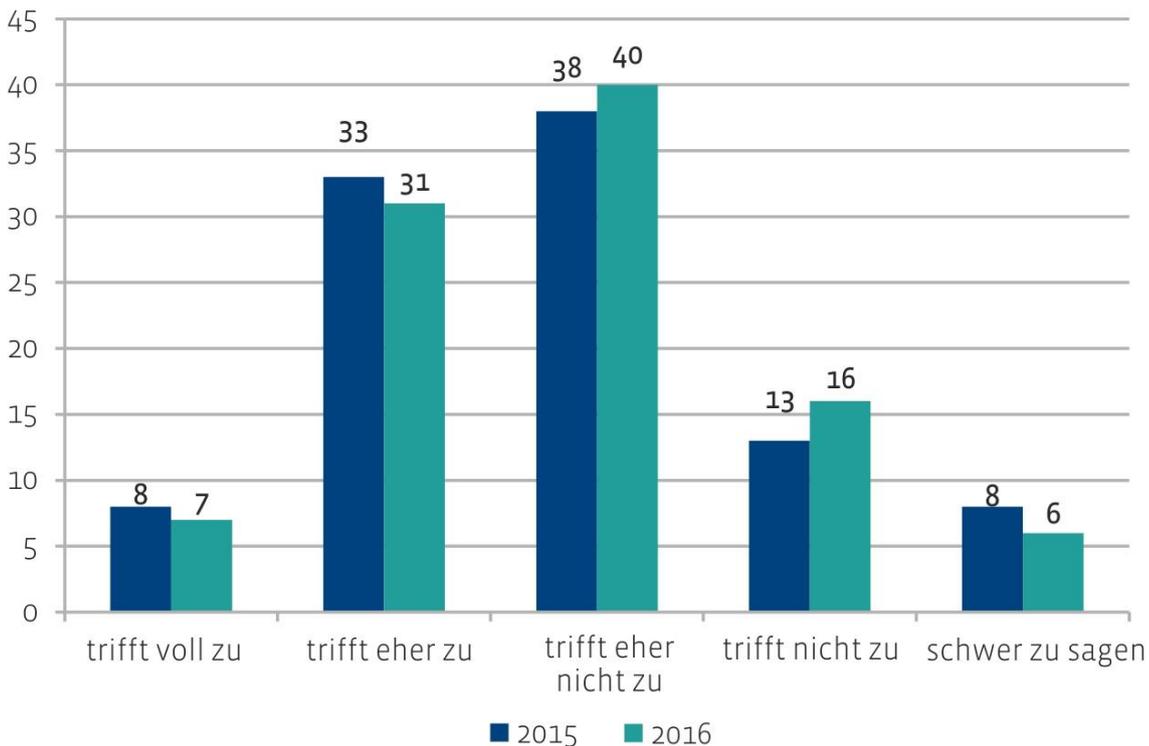
derer, die für eine Milderung sind, von 23% auf 27%. Die Abweichungen sind nicht sehr hoch, setzt man sie in Beziehung zu allgemeinen europäischen Trends und zu den Erklärungen von Politikern anderer Länder wie Vertretern der deutschen politischen oder wirtschaftlichen Eliten, die eine Milderung oder Aufhebung der Sanktionen befürworten. Dabei mag mit der Dauer der Sanktionen die Befürchtung zunehmen, diese würden langfristig eher der Wirtschaft der EU-Staaten Schaden zufügen. Ebenso mag hier die wachsende Kritik an der Politik der ukrainischen Führung mitspielen, der vorgeworfen wird, Reformfortschritte zu langsam umzusetzen, die Korruption nicht energisch zu bekämpfen und keine stabile Regierung zu Wege zu bringen. All diese Faktoren dürften zur negativen Sicht der Ukraine in der deutschen Öffentlichkeit beitragen und dafür sorgen, dass die russische Verantwortung für den Konflikt in den Hintergrund rückt. Es ist anzunehmen, dass die relativ nachgiebigere Haltung gegenüber Sanktionen Konsequenz der nachlassenden Berichterstattung der deutschen Medien über das laufende Geschehen in der Ostukraine ist, die den Krieg dort weitgehend aus dem Blickwinkel der Öffentlichkeit geraten und von der Flüchtlingskrise verdrängen lässt. Zudem ist der kriegerische Konflikt in der Ostukraine nach dem Minsker Abkommen in der Aufmerksamkeit westlicher Medien in den Hintergrund gerückt und von Bildern und Nachrichten aus Syrien und dem Irak verdrängt worden. In diesem Zusammenhang ist der allgemeine Zuspruch für Sanktionen noch recht bemerkenswert. Nichtsdestoweniger zeigen die Ergebnisse, wie kontrovers die Sanktionsfrage von der deutschen Öffentlichkeit bewertet wird.

8 Geteilte Meinungen über Russland als militärische Bedrohung

Seit dem letzten Jahr hat sich die Einschätzung der Deutschen zu Russland als militärische Bedrohung für Deutschland praktisch nicht verändert. Mehr als die Hälfte der Befragten (56%) fürchten Russland nicht, während 38% der Befragten eine Bedrohung sehen.

Es gibt eine Reihe von möglichen Gründen, warum die Mehrheit der Befragten Russland nicht als militärische Bedrohung wahrnehmen. Zum einen ist Deutschland kein direkter Nachbar Russlands, so dass die Möglichkeit eines Angriffs geringer erscheint als im Falle Polens oder der baltischen Staaten, in denen solche Ängste in weitaus höherem Maße bestehen. Zum zweiten erinnern sich wohl noch einige Deutsche an den miserablen Zustand der sowjetischen Armee, als sie aus Deutschland abzog, und zweifeln deshalb an einer solchen Bedrohung. Erst allmählich werden die Deutschen der Konsequenzen der Modernisierung der russischen Armee unter Putin gewahr. Und schließlich glauben die Deutschen einfach nicht, dass Russland sie angreifen wollen könnte, denn Moskau habe in ihren Augen keinerlei Gründe dafür. Dies unterscheidet die deutsche Denkweise von der polnischen oder baltischen, die Russland nicht unbedingt rationale Entscheidungen unterstellen.

Bild 8: Meinen Sie, dass Russland für Deutschland eine militärische Bedrohung darstellt? (in %)



Quelle: Bertelsmann Stiftung/Institut für öffentliche Angelegenheiten 2015 und 2016

Beide Gruppen – sowohl die, die Russland als militärische Bedrohung empfindet, als auch jene, bei der das nicht der Fall ist – weisen eine Vielzahl an Stimmen auf, die sich nicht entschieden aussprechen, sondern „trifft eher zu“ oder „trifft eher nicht zu“ sagen.

Westdeutsche neigen eher zu größerer Furcht vor Russland (39%, im Vergleich zu 32% der Ostdeutschen). 2015 war ein ähnlicher Trend sichtbar, als 44% der westdeutschen Befragten, im Vergleich zu 31% der Ostdeutschen, Russland fürchteten.

9 Widerwille gegen die Entsendung von Soldaten zur Verteidigung der Verbündeten

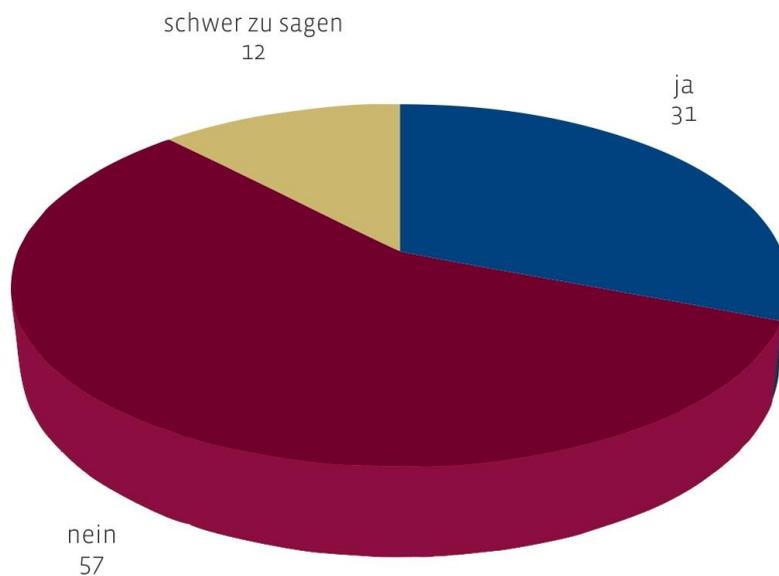
Als NATO-Mitglied ist Deutschland – genau wie jedes andere NATO-Mitglied auch – verpflichtet, seine Verbündeten im Falle einer Aggression zu verteidigen. Trotz dieser Verpflichtung möchte mehr als die Hälfte der Deutschen keine deutschen Soldaten entsenden, um NATO-Mitglieder wie Polen oder die baltischen Staaten zu verteidigen, falls diese von Russland angegriffen würden (57%). Nur einer von drei Deutschen (31%) findet, dass Deutschland seine Verpflichtungen als NATO-Mitglied und im Rahmen der EU erfüllen und zur Verteidigung des angegriffenen Landes bereit sein sollte. Ost- und Westdeutsche unterscheiden sich nur unwesentlich in ihrer Haltung zur Verteidigung Polens und der baltischen Staaten.

Der Widerwille eines großen Teils der deutschen Öffentlichkeit, deutsche Soldaten nach Polen oder in die baltischen Staaten zu entsenden, dürfte verschiedene Gründe haben. Aller Wahrscheinlichkeit nach liegt es nicht an irgendeiner Art von Abneigung gegenüber diesen Ländern oder dem mangelnden Willen, gerade diese Staaten zu verteidigen. De facto befürwortet eine weitaus größere Zahl der Deutschen (vgl. nächstes Kapitel) die Stationierung permanenter NATO-Missionen, die die Sicherheit seiner östlichen Verbündeten erhöhen würde. Die deutsche Haltung zur Entsendung eigener Soldaten wird von der Einschätzung der militärischen Bedrohung durch

Russland beeinflusst. Die Befragten, die glauben, dass Russland eine militärische Bedrohung darstellt, sind auch eher dafür, die Bundeswehr einzusetzen, um potentiellen russischen Angriffen zu begegnen.

Vor allem aber dürfte der Grund für diesen Unwillen, Soldaten zu entsenden, in einem deutschen Pazifismus liegen, der generell gegen deutsche Kampfeinsätze außerhalb der Landesgrenzen ist. Die Deutschen haben aufgrund ihrer Geschichte eine Abneigung dagegen, deutsche Truppen in Gebieten einzusetzen, die im Zweiten Weltkrieg von Deutschen angegriffen und besetzt wurden. Schon die bloße Überlegung eines militärischen Beistands für Polen oder Balten dürfte zudem in Moskau als Provokation gewertet werden.

Bild 9: Sollten deutsche Soldaten Polen oder die baltischen Staaten verteidigen, wenn Russland diese angreift?



Quelle: Bertelsmann Stiftung/Institut für öffentliche Angelegenheiten 2016

Die deutsche Haltung zur Frage nach Truppenentsendungen zur Verteidigung ihrer Verbündeten im Osten hat sich in den letzten Monaten nicht verändert. Im Frühling 2015⁶ waren ähnlich viele Befragte (58%) gegen den militärischen Einsatz im Falle eines russischen Angriffs auf ein NATO-Mitglied (nur 38% waren dafür), was sich aber im Übrigen nicht wesentlich von der allgemeinen Stimmung in Italien (51% dagegen, 40% dafür) unterschied und der in Frankreich sehr ähnelte (53% dagegen, 47% dafür). Wenn auch acht verschiedene europäische Gesellschaften befragt wurden, so waren doch die Deutschen am wenigsten geneigt, Streitkräfte einzusetzen.

Die Polen sind da anderer Meinung. Gefragt,⁷ ob sie im Falle eines russischen Angriffs bereit wären, die baltischen Staaten zu unterstützen, antworteten die Polen mit überwältigender Mehrheit mit einem klaren „Ja“ (62%). Nur ein Fünftel der Befragten wollte keine Unterstützung leisten (19%).

⁶ <http://www.pewglobal.org/2015/06/10/nato-publics-blame-russia-for-ukrainian-crisis-but-reluctant-to-provide-military-aid/>.

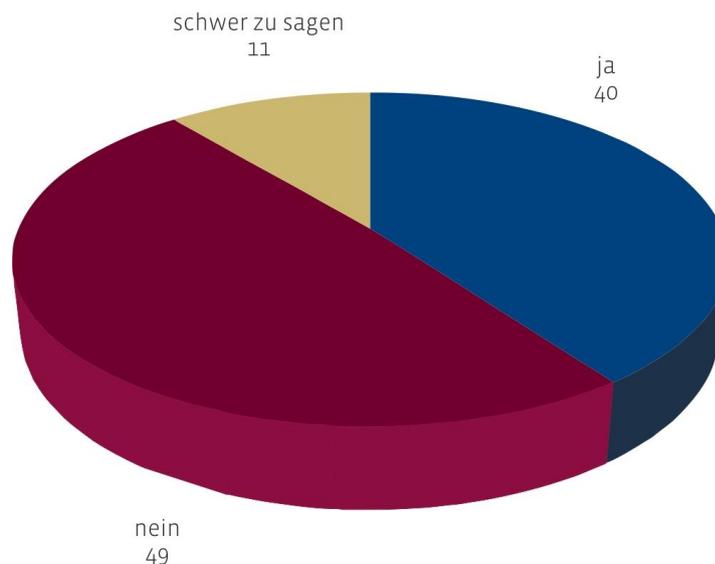
⁷ Vgl. A. Fuksiewicz, A. Łada, *Grupa bałtycka. Polska, Litwa, Łotwa i Estonia*, Instytut Spraw Publicznych, Warszawa 2015.

10 Geteilte Meinungen zur Einrichtung von NATO-Stützpunkten an der Ostflanke der Allianz

Präventiver Natur ist der Vorschlag, den östlichen Bündnismitgliedern der NATO mehr Sicherheit zu garantieren, indem permanente NATO-Stützpunkte in diesen Ländern etabliert werden. Nach Meinung polnischer und baltischer Politiker würden solche Stützpunkte das Gefühl der Sicherheit ihrer Bürger erhöhen, denn so würde Russland sehen, dass die Allianz bereit ist, jedes ihrer Mitglieder zu verteidigen.

Die deutsche Gesellschaft hingegen ist in ihrer Haltung zur Einrichtung solcher Stützpunkte in den baltischen Staaten und Polen gespalten. Die größte Gruppe der Befragten (49%) ist dagegen. Aber fast ebenso viele Deutsche (40%) sind anderer Meinung und für dauerhafte Stützpunkte an der Ostflanke der NATO. Auch hier beeinflusst die Sicht auf die russische Politik die Meinungen. Befragte, die eine militärische Bedrohung in Russland sehen, befürworten häufiger permanente NATO-Stützpunkte in Polen und den baltischen Staaten.

Bild 10: Die Bevölkerungen der baltischen Staaten und Polens befürchten mögliche Angriffe Russlands. Sie sind davon überzeugt, dass permanente NATO-Stützpunkte in ihren Ländern ihr Sicherheitsgefühl erhöhen würde. Sollte die NATO permanente Stützpunkte in den baltischen Staaten und Polen einrichten? (in %)



Quelle: Bertelsmann Stiftung/Institut für öffentliche Angelegenheiten 2016

Westdeutsche sind insgesamt eher für die Schaffung von Stützpunkten (42% im Vergleich zu 33% der Ostdeutschen). Die Unterstützung für NATO-Stützpunkte ist bei den Befragten mit höherem Bildungsgrad niedriger. Diese Tendenz ist umso interessanter, als sie in Bezug auf die Frage, ob Russland eine militärische Bedrohung darstelle, nicht festgestellt werden konnte. Der Bildungsgrad eines Befragten hatte ebenso wenig einen Einfluss darauf, ob Russland als Bedrohung wahrgenommen wurde, wie darauf, ob Soldaten zur Verteidigung Polens oder der baltischen Staaten entsendet werden sollten. Der Bildungsgrad spielt in diesen beiden Fragen keine Rolle.

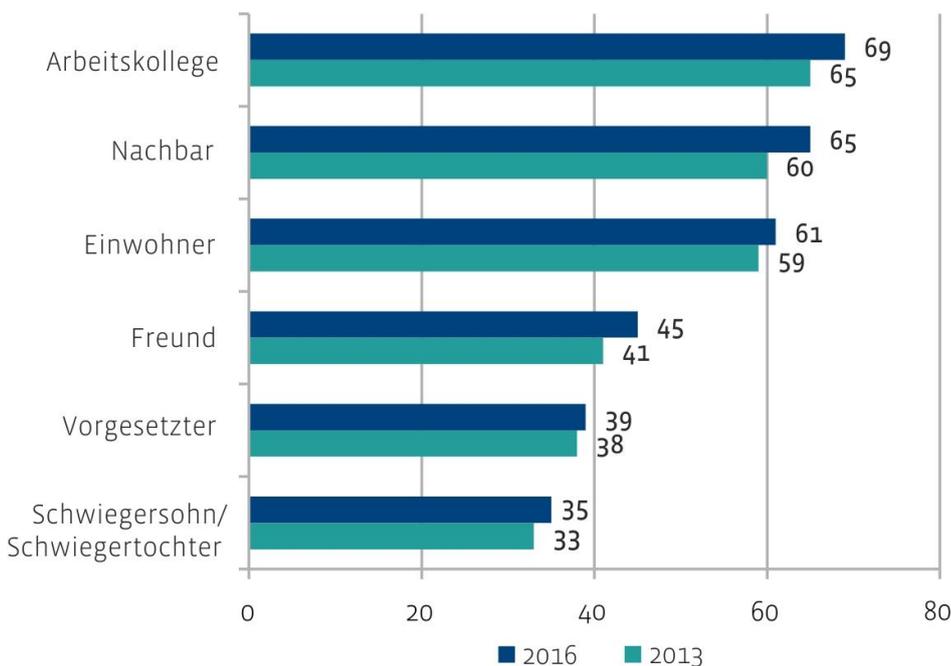
11 Gesellschaftliche Akzeptanz von Russen in Deutschland

Wenngleich die Politik der russischen Regierung negativ beurteilt wird, so denken die Deutschen doch größtenteils positive über die möglichen Rollen von Russen in der deutschen Gesellschaft.

Die meisten der Befragten haben keine Scheu gegenüber russischen Arbeitskollegen, Nachbarn oder überhaupt gegenüber sich dauerhaft in Deutschland niederlassenden Russen. Die Akzeptanz gegenüber Russen als Kollegen, Nachbarn oder Bewohnern Deutschlands liegt bei 69%, 65% bzw. 61%. Russen sind aber weniger beliebt als Freunde (45%), Vorgesetzte (39%) oder Schwiegersohn bzw. –tochter (35%), alles Rollen, die weitaus persönlicher sind und größere Nähe und Abhängigkeit mit sich bringen. Die Akzeptanz von Russen in allen betrachteten Rollen steigt mit dem Bildungsgrad der Befragten. Es gibt hier keine Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschen.

Im Vergleich zu 2013 ist die Akzeptanz minimal gestiegen. In der Mehrheit der Fälle liegen die Veränderungen im Rahmen statistischer Fehler (bis zu 3%), so dass es schwierig wird, hieraus Schlüsse zu ziehen.

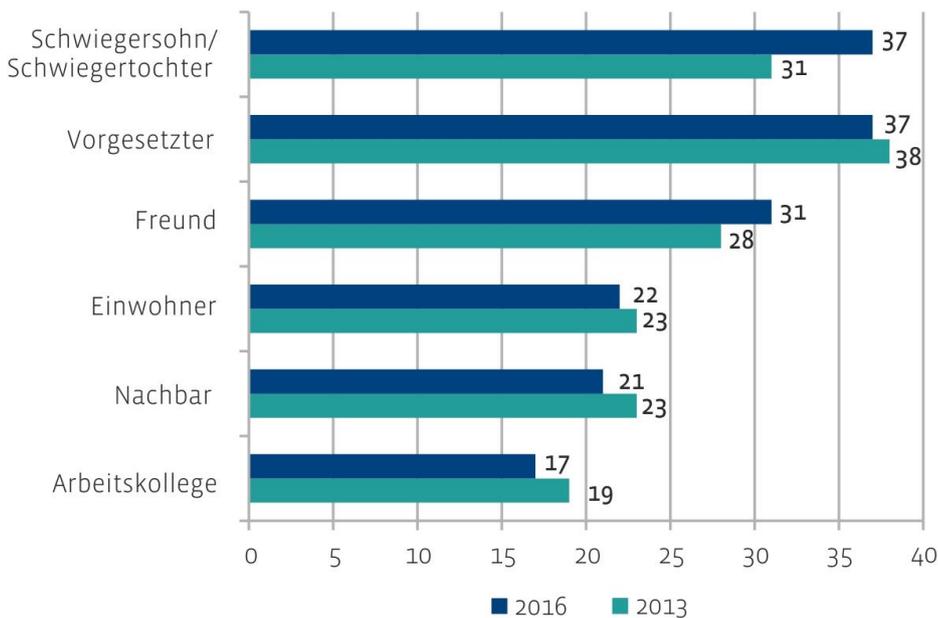
Bild 11: Würden Sie einen Russen in den folgenden sozialen Rollen akzeptieren? (in %)



Quelle: Bertelsmann Stiftung/Institut für öffentliche Angelegenheiten 2013 und 2016

Die Akzeptanz von Russen ist in den meisten sozialen Rollen höher als die Ablehnung. Gleichwohl würde einer von fünf bzw. einer von drei Befragten Russen nicht in verschiedenen sozialen Rollen akzeptieren. Die Deutschen zeigen am wenigsten Bereitschaft, die Heirat ihrer Kinder mit Russen oder einen russischen Vorgesetzten zu akzeptieren. Der Anteil der Deutschen, die keine/n Russin/en als Schwiegerkind haben möchten, ist höher als der Anteil jener Befragten, die nichts dagegen hätten. Im Vergleich mit der Umfrage 2013 ist dieser Anteil deutlich gewachsen. Die Analyse der statistischen Daten verrät, dass jene Befragten, die Putins Russland misstrauen, zugleich eher unglücklich mit der Aussicht auf ein russisches Familienmitglied wären. In diesem einen Fall kann man unterstellen, dass die negative Wahrnehmung der Politik Putins auch die Wahrnehmung der Russen selbst und nicht bloß ihrer Regierung beeinflusst.

Bild 12: Würden Sie einen Russen in den folgenden sozialen Rollen akzeptieren? (negative Antworten in %)



Quelle: Bertelsmann Stiftung/Institut für öffentliche Angelegenheiten 2013 und 2016

12 Schlussfolgerungen

Die Umfrage zeigt, dass die Deutschen einerseits kritisch dem Russland unter Putin gegenüber stehen, sie aber andererseits in vielen relevanten Fragen der russischen Politik eher gespalten sind. Die Gesamtanalyse der Antworten aus der gesamten deutschen Bevölkerung belegt, dass es kein einheitliches, stabiles Muster zur Erklärung unterschiedlicher Meinungen über Russland gibt.

In manchen, aber nicht allen Antworten wird ein deutlicher Unterschied in der Haltung der Befragten aus Ost- und Westdeutschland sichtbar. Der Bildungsgrad wiederum hat keinen großen Einfluss auf die Bewertung der deutsch-russischen Beziehungen, auf die Glaubwürdigkeit von Russland unter Putin oder auf die Einstellungen zur deutschen Politik oder zu energiepolitischen Abhängigkeiten. Bildung ist auch kein entscheidender Faktor, wenn es um die militärische Bedrohung seitens Russlands geht oder darum, ob Befragte die Entsendung von Soldaten zur Verteidigung der baltischen Staaten oder Russlands befürworten würden. Genauso schwierig sind Korrelationen zwischen Bildungsgrad und der deutschen Haltung zur Kooperation mit unterschiedlichen Ländern zu ermitteln. Wenn auch ein höherer Bildungsgrad mit größerer Unterstützung für die Stärkung der Kooperationen mit der Tschechischen Republik, Japan, den Niederlanden, Polen, Russland und China korreliert werden kann, so gibt es in anderen Fragen zur Kooperation keinerlei Zusammenhang mit dem Bildungsgrad. Es gibt auch keine einheitlichen Tendenzen im Zusammenhang mit dem Alter der Befragten. In einigen Fällen ist zu sehen, dass jüngere Befragte nicht genau wissen, wie sie bestimmte Fragen beantworten wollen, aber das ist eine Standardtendenz bei Meinungsumfragen.

Wie zu beobachten ist, neigen die Bewohner Ostdeutschlands eher als die Westdeutschlands dazu, Putins Russland zu vertrauen. Im Osten hatten 37% der Befragten eine positive Ansicht über russische Politiken, im Westen betrug die Zahl 25%. Weder Altern noch Bildungsgrad taugen zur näheren Bestimmung der Zusammensetzung dieser Gruppe.

Wer unter den Befragten Putins Russland vertraut, der streitet auch ab, dass Putins Russland eine militärische Bedrohung für Deutschland sein könnte (84% im Vergleich zu 56% der Gesellschaft allgemein); diese Gruppe ist auch für eine Milderung der Sanktionen gegenüber Russland (54%

verglichen mit 27%) Sie ist auch gegen NATO-Stützpunkte in Mitteleuropa. Unter ihnen gibt es Menschen, die Russlands Engagement in Syrien eher für positiv (46%) als für negativ (42%) halten. Sie sehen auch den Nutzen einer starken Wechselbeziehung zwischen dem deutschen und dem russischen Energiesektor. 89% halten diese für positiv, doppelt so viele wie der allgemeine Zuspruch aus der Gesellschaft (34%).

Kaum ein Begriff ist in der Debatte über Russland und die deutsch-russischen Beziehungen in den letzten beiden Jahren so oft benutzt worden wie das Wort vom „Russland-Versteher“. Es ist auf jene Menschen gemünzt, die Russland und die Politik seiner Regierung unterstützen, unkritisch den Standpunkt des Kreml zu verschiedenen Angelegenheiten akzeptieren und der Meinung sind, das Deutschland, insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht, zum “business as usual“ mit Moskau zurückkehren sollte.

Unsere Umfrage zeigt, dass es *den* “Russland-Versteher” als solche in der deutschen Gesellschaft kaum gibt. Dies wird deutlich, wenn man die Anteile der Deutschen betrachtet, die konsequent pro-russische Antworten geben. Lediglich 13% der Befragten halten *gleichzeitig* Putins Russland für einen zuverlässigen Partner, betrachten Russland nicht als militärische Bedrohung *und* sind für eine Milderung der Sanktionen. Betrachten wir dann noch jene, die auch Putins Eingreifen in Syrien positiv beurteilen, dann sinkt die Anzahl der “Russland-Versteher” auf bescheidene 8% der Deutschen.

Die Analyse zeigt auch, dass zwei Drittel der Deutschen Putins Russland und seiner Politik eher kritisch gegenüber stehen. Gleichzeitig neigen die Deutschen dazu, zwischen “Putins Russland” und “den Russen” zu unterscheiden, wie die Antworten auf die Fragen über Russen in verschiedenen sozialen Rollen nahe legen.

Wie auch immer die Beziehungen in der Vergangenheit waren, heute sind die Deutschen vorsichtig bis misstrauisch gegenüber Russland unter Putin eingestellt. Sie sind sich der möglichen Nachteile oder Gefahren der russischen Politik für den Westen relativ bewusst, wie die Antworten etwa auf das russische Eingreifen in Syrien, (zu) engen Energiebeziehungen, zu Russlands Ukraine-Politik, den Ängsten Polens und der baltischen Staaten bezüglich potentieller Sicherheitsrisiken in Gestalt Russlands zeigen.

Auch wenn insgesamt der russisch-ukrainische Konflikt im Bewusstsein der Öffentlichkeit von der Flüchtlingskrise überlagert wurde, so sind die Deutschen insgesamt doch relativ gut informiert und keine leichte Beute für das, was unter dem Begriff der „hybriden Kriegsführung“ oder „Propaganda“ Russlands auch in Deutschland bekannt wurde.

Vor diesem Hintergrund mag gegenwärtig eines der dringlichsten Bedürfnisse in den Beziehungen mit Russland und/oder den Russen die Kommunikation über verschiedene Kanäle sein. Generell sollten alle Kanäle und Mittel genutzt werden, um ein unvoreingenommenes Bild Russlands zu vermitteln und russische Propaganda zu konterkarieren, ohne gleich zu Mitteln der „Gegenpropaganda“, wie sie die EU zu Recht ablehnt.⁸

Weder in wirtschaftlicher noch in politischer Hinsicht wird es auf absehbare Zeit eine Rückkehr zum “business as usual” geben, wie deutsche Entscheidungsträger wiederholt deutlich gemacht

⁸Vgl. die diesbezüglichen FAQ auf der website des EEAS http://eeas.europa.eu/top_stories/2015/261115_stratcom-east_qanda_en.htm und <http://www.euractiv.com/section/global-europe/news/tiny-eu-task-force-set-up-to-counter-russian-propaganda/>

haben.⁹ Die Umfrage zeigt, dass die meisten Deutschen auf der persönlichen und sozialen Ebene die Russen wertschätzen, zumindest deutlich mehr als die Politik Putins. Darum sollten alle Wege der persönlichen Kommunikation unterstützt und gefördert werden. Zahlreiche Organisationen wie deutsch-russische Gesellschaften und Verbände oder der Austausch von Schülern, Studenten und Wissenschaftlern oft auf lokaler Ebene, sind hier nützlich. Solange sie nicht für die russische Propaganda missbraucht werden, sondern tatsächlich ein Ort für interessierte, durchaus auch kritische Kreise sind, verdienen diese Organisationen Unterstützung. Wer an Russland interessiert ist, muss nicht notwendigerweise mit seiner Politik sympathisieren.

Jenseits der Frage nach dem zukünftigen Umgang mit Russland belegt die Umfrage aber auch einen weiteren wichtigen Umstand: die negative Wahrnehmung der russisch-deutschen Beziehungen führt (aus den genannten Gründen) *nicht* zum Wunsch der Deutschen nach engerer Kooperation mit den Vereinigten Staaten. Obwohl mit den USA doppelt so viele Deutsche eng zusammen arbeiten möchten wie mit Russland; und obwohl Russland wie auch die USA ihre jeweilige Position im Ranking der Länder behalten haben, mit denen Deutschland zusammen arbeiten sollte, so haben doch die Vereinigten Staaten (an dritter Stelle) mehr an Beliebtheit eingebüßt als Russland (an neunter Stelle).

Die bevorzugten Kooperationspartner der Deutschen bleiben die westeuropäischen Staaten, an erster Stelle die traditionellen Partner Frankreich und die Niederlande. Die Debatte um den Brexit, den möglichen Austritt Großbritanniens aus der EU, scheint der Beliebtheit des Vereinigten Königreichs nicht geschadet zu haben, wohingegen die Hinwendung zu den östlichen EU-Mitgliedstaaten unter den jüngsten politischen Entwicklungen gelitten hat, wiederum mehr als dies bei Russland der Fall ist. Daraus könnte man schließen: Die Deutschen erwarten offenbar viel mehr von ihren traditionellen Partnern wie den USA einerseits, den EU-Partnern andererseits als dies der Fall bei Ländern wie Russland (oder der Ukraine) ist. Auch dies zeigt, dass sich die deutsche Öffentlichkeit des sich verändernden internationalen Umfelds bewusst und insgesamt gut imstande ist, ihre Ansichten auf Basis von Informationen und nicht von Propaganda diesen Veränderungen anzupassen.

⁹ Verständlicherweise ist die deutsche Industrie nicht sehr glücklich mit der anhaltenden Eiszeit in den deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen. Am 11. April 2016 traf eine Delegation mit Vertretern des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft den russischen Präsidenten Wladimir Putin und Mitglieder seiner Regierung in Moskau. Wenngleich konkrete Details der Gespräche nicht verbreitet wurden, betonte Putin in seiner Rede, dass "auch in den Jahren des tiefsten Kalten Krieges ... Russland, oder damals die Sowjetunion, und Deutschland ihre Handels- und Wirtschaftsbeziehungen erhalten und ausgebaut und Großprojekte durchgeführt [haben]." <http://www.ostexperte.de/putin-trifft-deutsche-top-manager/>

13 Die Autoren

Dr. Jacek Kucharczyk, Vorsitzender des Vorstands des Warschauer Instituts für öffentliche Angelegenheiten (Institute of Public Affairs – IPA), einem der führenden polnischen Think Tanks, in dem er seit 1997 als Analyst tätig ist. Er promovierte in Soziologie an der Polnischen Akademie der Wissenschaften und studierte an der Graduate School for Social Research in Warschau, der Graduate Faculty of the New School for Social Research in New York, der University of Kent in Canterbury (M.A. in Philosophie) und der Universität Warschau (MA in Anglistik). In den 1980er Jahren war er in der unabhängigen Studentenbewegung und im polnischen Samisdat aktiv. Dr. Kucharczyk ist Mitbegründer und Vorstandsmitglied einer Reihe internationaler Nichtregierungsorganisationen, u.a. dem Prague Civil Society Centre, der Policy Association for an Open Society (PASOS) und der European Partnership for Democracy (EPD) in Brüssel. Dr. Kucharczyk ist auch Mitglied der Think Tank Fund and Scholarship Program Advisory Board der Open Society Foundation und Mitglied des Vorstands der National School of Public Administration in Warschau. Er ist Autor und Herausgeber zahlreicher Artikel, Berichte, Policy Briefs und Bücher zur europäischen Integration, demokratischen Führung, Förderung von Demokratie, Populismus. Er kommentiert häufig aktuelle polnische und europäische Themen in den polnischen und internationalen Medien.

Agnieszka Łada ist Leiterin des Europa-Programms und Senior Analyst des Instituts für öffentliche Angelegenheiten (Institute of Public Affairs – IPA), Warschau. Sie ist promovierte Politikwissenschaftlerin und hat einen MBA der Hertie School of Governance. Sie war u. a. tätig als Visiting Fellow, European Policy Centre, Brüssel (2011); wissenschaftliche Mitarbeiterin, Sussex University, UK (2012); und Visiting Scholar, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP) (2013). Agnieszka Łada ist Mitglied des Team Europe, einer Gruppe von Experten bei der Vertretung der Europäischen Kommission in Polen, Mitglied des Deutsch-Polnischen Jugendrates, des Aufsichtsrates der Stiftung Kreisau, des Wissenschaftlichen Beirats des West-Instituts in Posen. Mitglied der Kopernikus-Gruppe, eines Kreises von Experten zu den deutsch-polnischen Beziehungen, des Deutsch-Polnischen Quiriten-Kreises der Konrad Adenauer Stiftung in Polen sowie Vertreterin des Instituts für öffentliche Angelegenheiten im European Policy Institutes Network. Ihre Fachgebiete: EU-Institutionen (insbesondere das Europäische Parlament), Deutschland und die deutsch-polnischen Beziehungen, polnische Außenpolitik, europäische Politik und *public diplomacy*.

Gabriele Schöler arbeitet seit 1994 in verschiedenen Programmen und Positionen der Bertelsmann Stiftung, zurzeit als Senior Project Manager im Programm „Europas Zukunft“. Ihre Schwerpunkte: Mittel- und Osteuropa und Beziehungen der EU zu Russland und den Ländern der Östlichen Partnerschaft. Zuvor war sie Projektmanagerin im Kompetenzzentrum Unternehmenskultur/Führung (2005-2008), davor im Referat Mittel- und Osteuropa. MA in Anglistik, Slawistik und Betriebswirtschaftslehre der Universität Bonn mit Studienjahr in London; abgeschlossene Ausbildung zur Industriekaufrau in einem mittelständischen Unternehmen am Niederrhein.

Łukasz Wenerski ist Analyst und Projektkoordinator im Institut für öffentliche Angelegenheiten (Institute of Public Affairs – IPA), Warschau. Er ist Absolvent der Universität Warschau und der Nicolaus Copernicus Universität in Torun. Łukasz Wenerski ist Mitglied der Steuerungsgruppe des EU-Russia Civil Society Forum und vertritt das IPA im Eastern Partnership Civil Society Forum. Seine Forschungsschwerpunkte: Beziehungen der EU und den zu Russland und den Ländern der Östlichen Partnerschaft, insbes. Ukraine, und die polnische Ostpolitik.

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Gabriele Schöler
Senior Project Manager
Telefon +49 5241 81-81205
Fax +49 5241 81-681205
Gabriele.schoeler@bertelsmann-stiftung.de

Institute of Public Affairs
ul. Szpitalna 5 / 22
PL-00-031 Warsaw

Dr. Agnieszka Łada
Leiterin des Europa-Programms
Telefon +48 22 556 42 88
Fax +48 22 556 42 62
Agnieszka.lada@isp.org.pl

www.bertelsmann-stiftung.de